



Einwohnergemeinde **Bolligen**

D05

# **Reglement für die öffentliche Sicherheit**

**vom 12. Juni 2007**

**mit Änderungen vom 20. November 2012**

		<b>Seite</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b>		<b>2 + 3</b>
Art. 1	Zweck	4
<b>Gemeindepolizeiorgan</b>		
<b>I. Allgemeine Bestimmungen</b>		<b>4</b>
Art. 2	Rechtliche Grundlagen	4
Art. 3	Zweck	4
Art. 4	Zuständigkeit	4
Art. 5	Übertragung der Polizeiaufgaben im engeren Sinn	4
<b>II. Schutz von Personen sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung</b>		<b>5</b>
Art. 6	Grundsätze	5
Art. 7	Schiessen	5
Art. 8	Feuerwerk	5
Art. 9	Lärm	5
Art. 10	Spielzeuge mit Verbrennungsmotoren	5
Art. 11	Himmelsscheinwerfer und Laseranlagen	5
<b>III. Schutz des öffentlichen und privaten Raums</b>		<b>5</b>
Art. 12	Verbot von Veranstaltungen	5
Art. 13	Benützung öffentlicher Strassen, Plätze und Anlagen	5
Art. 14	Benützung von Aussenanlagen bei Schulhäusern	6
Art. 15	Verunreinigung des öffentlichen Grundes	6
Art. 16	Sammlungen	6
Art. 17	Verkehrsbeschränkungen	6
Art. 18	Baustellen	6
Art. 19	Taxiwesen	6
Art. 20	Gesteigerter Gemeingebrauch	7
Art. 21	Hundehaltung	7
Art. 22	Gebühren	7
<b>Feuerwehr</b>		
<b>I. Allgemeine Bestimmungen</b>		<b>7</b>
Art. 23	Rechtliche Grundlagen	7
Art. 24	Zweck	7
Art. 25	Zuständigkeit	7
Art. 26	Aufgaben	7
<b>II. Feuerwehrdienstpflicht</b>		<b>7</b>
Art. 27	Dienstpflicht	7
Art. 28	Persönliche Dienstleistung	8
Art. 29	Dienstleistung oder Ersatzabgabe	8
Art. 30	Ärztlicher Befund	8
Art. 31	Grund- und Weiterausbildung	8
Art. 32	Kader und Fachleute	8
Art. 33	Persönliche Ausrüstung	9
Art. 34	Befreiung von der Dienstpflicht	9
<b>III. Übungsdienst und Einsatz</b>		<b>9</b>
Art. 35	Übungsplan und -daten	9
Art. 36	Obligatorium und Entschuldigungen	9

Art. 37	Inanspruchnahme von Eigentum Dritter	10
Art. 38	Feuerwehrkommandant/in	10
Art. 39	Einsatz des Sonderstützpunktes	10

#### **IV. Finanzierung** **10**

Art. 40	Grundsatz	10
Art. 41	Ersatzabgaben	11
Art. 42	Befreiung von der Ersatzabgabe	11
Art. 43	Gebühren	11
Art. 44	Einsatzkosten	11
Art. 45	Zusammensetzung des Stabes	11
Art. 46	Aufgaben und Befugnisse des Stabes	11

### **Zivilschutz**

#### **Allgemeine Bestimmungen** **12**

Art. 47	Rechtliche Grundlagen	12
Art. 48	Zweck	12
Art. 49	Zuständigkeit	12
Art. 50	Aufgaben	12

### **Katastrophen und Notlagen**

#### **Allgemeine Bestimmungen** **13**

Art. 51	Rechtliche Grundlagen	13
Art. 52	Zweck	13
Art. 52a	Zuständigkeit	13
Art. 53	Zusammensetzung	13
Art. 54	Aufgaben	13
Art. 54a	Finanzkompetenz der Delegation des Gemeinderats	13

### **Ausführungs-, Straf- und Schlussbestimmungen**

#### **Allgemeine Bestimmungen** **14**

Art. 55	Kontrolle	14
Art. 56	Strafbestimmungen	14
Art. 57	Rechtsmittel	14
Art. 58	Anpassungen	14
Art. 59	Aufhebung bisherigen Rechts	14
Art. 60	Inkrafttreten	14

Die Einwohnergemeinde Bolligen erlässt gestützt auf die in den Art. 2, 23, 47 und 51 hienach genannten gesetzlichen Grundlagen folgendes Reglement für die öffentliche Sicherheit:

Zweck **Art. 1**  
Dieses Reglement regelt den Vollzug der durch übergeordnetes Recht an die Gemeinde übertragenen oder in der Gemeindeautonomie liegenden Aufgaben in den Bereichen

- Gemeindepolizeiorgan (Art. 2 bis 22)
- Feuerwehr (Art. 23 bis 46)
- Zivilschutz (Art. 47 bis 50)
- Katastrophen und Notlagen (Art. 51 bis 54a)<sup>1</sup>

## Gemeindepolizeiorgan

### I. Allgemeine Bestimmungen

Rechtliche Grundlagen **Art. 2**

- a) das Polizeigesetz (PolG) vom 8.6.1997
- b) das Gemeindegesetz (GG) vom 16.3.1998
- c) die Gemeindeverordnung (GV) vom 16.12.1998
- d) die Gemeindeverfassung der Einwohnergemeinde Bolligen (GEB) vom 3.6.2003
- e) die Lärmschutz-Verordnung (LSV) vom 15.12.1986
- f) die Kantonale Lärmschutz-Verordnung (KLSV) vom 16.5.1990

Zweck **Art. 3**  
Dieses Reglement bezweckt den Schutz von Recht, Ruhe und Ordnung, die Wahrung der Sicherheit von Personen und Eigentum und die Verminderung übermässiger Umwelteinwirkungen auf dem Gebiet der Gemeinde Bolligen. Es ergänzt die Polizeigesetzgebung von Bund und Kanton.

Zuständigkeit **Art. 4**

<sup>1</sup> Der Gemeinderat ist oberstes Gemeindepolizeiorgan.

<sup>2</sup> Der Gemeinderat kann einzelne Befugnisse im Rahmen der Bestimmungen des übergeordneten Rechts der Gemeindeverwaltung, einer ständigen Kommission mit Entscheidbefugnis oder Dritten übertragen.

<sup>3</sup> Die Polizei- und Militärdirektion kann die Erfüllung einzelner geeigneter Aufgaben der gerichtlichen Polizei durch Vertrag an die Gemeinde übertragen.

Übertragung der Polizeiaufgaben im engeren Sinn **Art. 5**

<sup>1</sup> Die nach der kantonalen Gesetzgebung den Gemeinden obliegenden Aufgaben der Sicherheitspolizei, der Verkehrspolizei sowie der Amts- und Vollzugshilfe verbleiben bei der Gemeinde, soweit sie gemäss diesem Reglement oder einem Vertrag nicht ausdrücklich Dritten übertragen werden oder nach Massgabe der kantonalen Gesetzgebung von der Kantonspolizei wahrgenommen werden.

<sup>2</sup> Das Gemeindepolizeiorgan ist für weitere ihm durch die Gesetzgebung übertragene Aufgaben verantwortlich.

---

<sup>1</sup> angepasst GV-Beschluss 20.11.2012

## II. Schutz von Personen sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

- Grundsätze **Art. 6**  
<sup>1</sup> Alle haben sich so zu verhalten, dass Personen, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die Sittlichkeit nicht gestört oder gefährdet werden.  
<sup>2</sup> Gefahrenlagen sind zu vermeiden und eingetretene Störungen unverzüglich zu beseitigen.
- Schiessen **Art. 7**  
Privatpersonen ist das Schiessen und hantieren mit Schusswaffen jeglicher Art auf öffentlich zugänglichem Grund, ausgenommen auf der Jagd, verboten.
- Feuerwerk **Art. 8**  
<sup>1</sup> Heulendes und knallendes Feuerwerk darf im Rahmen des Bundesfeiertags (31. Juli/1. August) und des Silvesters (31. Dezember) abgebrannt werden. Über Ausnahmen entscheidet auf Gesuch der Bereich öffentliche Sicherheit.  
<sup>2</sup> Das Feuerwerk darf nur so abgebrannt werden, dass für Personen, Tiere und Sachen keine Gefährdung entsteht.
- Lärm **Art. 9**  
<sup>1</sup> Zwischen 22.00 und 06.00 Uhr sowie zwischen 12.00 und 13.00 Uhr darf kein Lärm verursacht werden.  
<sup>2</sup> Die kantonalen Bestimmungen über die Sonntagsruhe bleiben vorbehalten.
- Spielzeuge mit Verbrennungsmotoren **Art. 10**  
<sup>1</sup> Mit Verbrennungsmotoren betriebene Spielzeuge müssen mit wirksamen Schalldämpfern ausgerüstet sein.  
<sup>2</sup> Sie dürfen nur ausserhalb bewohnter Gebiete betrieben werden.
- Himmelsscheinwerfer und Laseranlagen **Art. 11**  
<sup>1</sup> Der Betrieb von Himmelsscheinwerfern ist untersagt.  
<sup>2</sup> Der Betrieb von Laser- und ähnlichen Anlagen, welche zu in der Öffentlichkeit wahrnehmbaren Emissionen führen, untersteht der Meldepflicht an das zuständige Regierungsstatthalteramt. Im Weiteren gelten die Vorschriften der Schall- und Laserverordnung.

## III. Schutz des öffentlichen und privaten Raums

- Verbot von Veranstaltungen **Art. 12**  
Das Gemeindepolizeiorgan kann Veranstaltungen auf Privatgrund (im Freien oder in Räumen) verbieten, wenn mit Bestimmtheit eine Störung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu erwarten ist.
- Benützung öffentlicher Strassen, Plätze und Anlagen **Art. 13**  
<sup>1</sup> Das Benützen öffentlicher Strassen, Plätze, Anlagen und Grünflächen ist im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften allen gestattet.  
<sup>2</sup> Der Gemeinderat regelt die Benützung von Anlagen der Einwohnergemeinde Bolligen.

<sup>3</sup> Demonstrationen, Umzüge und Versammlungen auf öffentlichem Grund bedürfen einer Bewilligung des Gemeindepolizeiorgans. Das Gesuch ist spätestens drei Wochen vor der Veranstaltung unter Angabe von Art, Datum, Zeit und Dauer der Veranstaltung, der ungefähren Anzahl der erwarteten Personen, der dazu vorgesehenen Route und der verantwortlichen Person bei der Gemeindeverwaltung, Bereich öffentliche Sicherheit, einzureichen. Mit der Erteilung der Bewilligung können Auflagen und Bedingungen verbunden sein.

Benützung von  
Aussenanlagen  
bei Schulhäusern

**Art. 14**

<sup>1</sup> Für die Benützung von Aussenanlagen bei Schulhäusern gilt die Verordnung über die Benützung der Schulhäuser, Turnhallen und der Turn- und Sportplätze der Einwohnergemeinde Bolligen.

<sup>2</sup> Der/die zuständige Schulhauswart/in bzw. Schulleiter/in ist befugt, den Benützern und Benutzerinnen der Aussenanlagen Ermahnungen und Weisungen zu erteilen und Uneinsichtige nötigenfalls aus der Anlage zu weisen.

Verunreinigung  
des öffentlichen  
Grundes

**Art. 15**

<sup>1</sup> Es ist untersagt, die öffentlichen und fremden privaten Sachen, Anlagen und Einrichtungen zu beschädigen, zu verunreinigen, sie unbefugterweise und entgegen ihrer Zweckbestimmung zu benutzen oder zu verändern.

<sup>2</sup> Wer öffentlichen Grund (Strassen, Anlagen etc.) verunreinigt, hat sofort wieder den ordnungsgemässen Zustand herzustellen.

<sup>3</sup> Unterhalts-, Reinigungs- und Reparaturarbeiten an Fahrzeugen, ausgenommen Notreparaturen, sind auf öffentlichem Grund verboten.

Sammlungen

**Art. 16**

Das Sammeln von Geld oder Naturalien auf öffentlichen Strassen und Plätzen bedarf einer Bewilligung des Gemeindepolizeiorgans.

Verkehrs-  
beschränkungen

**Art. 17**

<sup>1</sup> Bei besonderen Anlässen und ausserordentlichen Ereignissen (Feste, Umzüge, Unfälle, Beerdigungen usw.) kann das Gemeindepolizeiorgan auf öffentlichen Strassen vorübergehende Massnahmen wie Verkehrsbeschränkungen, Umleitungen usw. anordnen.

<sup>2</sup> Die Veranstalter von Anlässen, die ein hohes Verkehrsaufkommen oder andere Behinderungen verursachen, sind verpflichtet, bei der Gemeindeverwaltung, Bereich öffentliche Sicherheit, mindestens drei Wochen vor der Durchführung eine Bewilligung einzuholen. Mit der Erteilung der Bewilligung können Auflagen und Bedingungen verbunden werden.

Baustellen

**Art. 18**

<sup>1</sup> Die Vornahme von Arbeiten auf Baustellen und an Werken ist der Gemeindeverwaltung vor Beginn zu melden, wenn der Verkehr auf den öffentlichen Strassen und Trottoirs behindert oder gefährdet werden könnte.

<sup>2</sup> Baustellen, Materialdepots, Schuttmulden und ähnliche Lagerungen auf öffentlichem Grund sind bewilligungspflichtig. Sie sind zu signalisieren und nachts zu beleuchten.

Taxiwesen

**Art. 19**

Taxibetriebe mit Sitz in Bolligen bedürfen einer Bewilligung. Die Taxistandplätze werden behördlich bestimmt.

Gesteigerter Gemeingebrauch	<b>Art. 20</b> Die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung des öffentlichen Grundes (Strassen und Plätze) zu privaten Zwecken bedarf einer Bewilligung des Gemeindepolizeiorgans.
Hundehaltung	<b>Art. 21</b> <sup>1</sup> Hunde dürfen auf öffentlichem Grund nicht unbeaufsichtigt frei laufen gelassen werden.  <sup>2</sup> Das Gemeindepolizeiorgan kann mittels Allgemeinverfügung Orte, Plätze und Strassenzüge bezeichnen, wo Hunde an der Leine zu führen sind (Leinenzwang).  <sup>3</sup> Ist ein Hund gefährlich oder aggressiv kann das Gemeindepolizeiorgan im Rahmen der Tierschutzgesetzgebung gestützt auf das Polizeigesetz weitere geeignete Massnahmen anordnen.
Gebühren	<b>Art. 22</b> Die Gebühren für sämtliche Bewilligungen und für durchgeführte Massnahmen des Gemeindepolizeiorgans richten sich nach der Verordnung über die Gebühren der Gemeindeverwaltung der Einwohnergemeinde Bolligen.

## Feuerwehr

### I. Allgemeine Bestimmungen

Rechtliche Grundlagen	<b>Art. 23</b> a) das Feuerschutz- und Feuerwehrgesetz des Kantons Bern (FFG) vom 20.1.1994 b) das Kantonale Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz (KBZG) vom 24.6.2004 c) die Gemeindeverfassung der Einwohnergemeinde Bolligen (GEB) vom 3.6.2003
Zweck	<b>Art. 24</b> Die Feuerwehr schützt Menschen, Tiere, Pflanzen und Sachen sowie die Umwelt vor Feuer-, Elementar- und anderen Schadenereignissen.
Zuständigkeit	<b>Art. 25</b> <sup>1</sup> Der Gemeinderat a) übt die Aufsicht über die Feuerwehr aus b) legt die Organisation der Feuerwehr (Gliederung und Bestand) unter Berücksichtigung der übrigen Einsatzmittel im Einvernehmen mit dem/der Inspektor/in fest c) ernennt unter Vorbehalt der Zustimmung des/der Regierungsstatthalters/Regierungsstatthalterin den/die Kommandanten/Kommandantin und dessen/deren Stellvertreter/in d) setzt die Höhe der Entschädigungen, des Soldes sowie des Stundenansatzes bei Feuerwehreinsätzen fest e) behandelt Beschwerden gegen Vollzugsorgane und Funktionäre/Funktionärinnen, für deren Ernennung er zuständig ist f) verhängt Disziplinar massnahmen und Bussen im Rahmen seiner Kompetenzen.  <sup>2</sup> Die Kernaufgaben der Kommission für öffentliche Sicherheit sind in der Gemeindeverfassung (GEB), Anhang I, Ziffer 9 definiert.
Aufgaben	<b>Art. 26</b> <sup>1</sup> Die Feuerwehr bekämpft Auswirkungen von Feuer-, Elementar- und anderen Schadenereignissen, insbesondere Öl-, Gas- und Chemieunfälle in der Gemeinde.  <sup>2</sup> Sie ist nicht verpflichtet, weitergehende Aufgaben zu erfüllen.

## II. Feuerwehrdienstpflicht

Dienstpflicht

### Art. 27

<sup>1</sup> Die Feuerwehrdienstpflicht beginnt für Frauen und Männer in dem Jahr, in welchem sie 20 Jahre alt werden und dauert bis zum Ende des Jahres, in welchem das 52. Altersjahr vollendet wird.

<sup>2</sup> Freiwillige dürfen bereits in dem Jahr, in welchem das 18. Altersjahr erreicht wird, Feuerwehrdienst leisten.

<sup>3</sup> Niedergelassene Ausländer/innen mit Bewilligung C sind hinsichtlich Feuerwehrdienstpflicht den Schweizerbürgern/Schweizerbürgerinnen gleichgestellt.

Persönliche  
Dienstleistung

### Art. 28

Der Feuerwehrdienst ist persönlich zu leisten.

Dienstleistung oder  
Ersatzabgabe

### Art. 29

<sup>1</sup> Niemand hat Anspruch darauf, in die Feuerwehr eingeteilt zu werden.

<sup>2</sup> Die Kommission bestimmt, ob Feuerwehrdienstpflichtige Dienst zu leisten oder eine Ersatzabgabe zu bezahlen haben.

<sup>3</sup> Bei dieser Entscheidung sind die Bedürfnisse der Feuerwehr sowie persönliche und berufliche Verhältnisse, Alter, Arbeits- und Wohnort der Pflichtigen als auch deren Zugehörigkeit zu andern Einsatzdiensten gebührend zu berücksichtigen.

<sup>4</sup> Bei der Rekrutierung und in der Besetzung der Funktionen sind die Interessen der Frauen angemessen zu berücksichtigen.

Ärztlicher Befund

### Art. 30

<sup>1</sup> Bestehen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen Zweifel über die Diensttauglichkeit, ist der Befund eines/einer Arztes/Ärztin einzuholen.

<sup>2</sup> Personen, die wegen einer körperlichen oder geistigen Behinderung ein Gesuch um Befreiung vom Feuerwehrdienst stellen, weisen im Zweifelsfall ihre Dienstuntauglichkeit mit Arztzeugnis nach.

Grund- und Weiter-  
ausbildung

### Art. 31

<sup>1</sup> Alle Feuerwehrangehörigen absolvieren die erforderliche Grundausbildung.

<sup>2</sup> Geeignete Feuerwehrangehörige können zur Weiterausbildung und zur Übernahme von Kaderchargen verpflichtet werden.

<sup>3</sup> Sie haben entsprechende Kurse und Übungen zu besuchen und die mit dem Grad oder der Funktion verbundenen Dienste zu leisten.

<sup>4</sup> Für die Ausbildung von Kader und Spezialisten/Spezialistinnen ist die Gebäudeversicherung zuständig.

Kader und Fach-  
leute

### Art. 32

<sup>1</sup> Offiziere/Offizierinnen, Unteroffiziere/Unteroffizierinnen und Fachpersonen werden auf unbestimmte Zeit ernannt.

<sup>2</sup> Sie bekleiden ihren Grad oder ihre Funktion bis zum Austritt aus der Dienstpflicht, bis ihre Ernennungsbehörde sie enthebt, auf Gesuch hin entlässt, sie befördert oder versetzt.

<sup>3</sup> Vor Ablauf der Dienstpflicht von ihrem Grad oder ihrer Funktion enthobene oder aus zwingenden Gründen zurückgetretene Offiziere/Offizierinnen, Unteroffiziere/Unteroffizierinnen und Fachpersonen dürfen ohne ihre ausdrückliche Zustimmung nicht mehr zur Dienstleistung herangezogen werden.

Persönliche  
Ausrüstung

**Art. 33**

<sup>1</sup> Die persönliche Ausrüstung sowie die Grad- und Funktionsabzeichen aller Feuerwehrangehörigen haben den schweizerischen und kantonalen Normen zu entsprechen.

<sup>2</sup> Die Feuerwehrangehörigen sind verpflichtet, die gefasste Ausrüstung und Bekleidung in gutem und sauberem Zustand zu halten.

<sup>3</sup> Die persönliche Ausrüstung darf nur zu dienstlichen Zwecken verwendet werden. Bei Wegzug aus der Gemeinde oder Entlassung aus der Feuerwehrdienstpflicht sind die gefassten Ausrüstungsgegenstände dem zuständigen Feuerwehrrückzugkommando zurückzugeben.

Befreiung von der  
Dienstpflicht

**Art. 34**

Vom Feuerwehrdienst sind befreit:

- a) Personen, die amtliche Funktionen ausüben, die mit dem Feuerwehrdienst nicht vereinbar sind, nämlich
  - die Mitarbeiter/innen der Kantonspolizei
  - die Mitglieder des Gemeindeführungsorgans und der Bezirksführungsorgane
- b) der/die Ehegatte/Ehegattin, deren/dessen Ehepartner/in Feuerwehrdienst leistet
- c) Personen, die zusammen mit deren/dessen Partner/in in eingetragener Partnerschaft leben und deren/dessen Partner/in Feuerwehrdienst leistet
- d) die in Betriebsfeuerwehren eingeteilten Personen
- e) auf Gesuch hin Personen, die im eigenen Haushalt lebende Kinder bis zur Beendigung der Volksschulpflicht oder Pflegebedürftige alleine zu betreuen haben
- f) Personen, die eine volle Invalidenrente beziehen
- g) auf Gesuch hin Personen, deren Behinderung sie bei der Leistung des Feuerwehrdienstes wesentlich beeinträchtigt.

**III. Übungsdienst und Einsatz**

Übungsplan und  
-daten

**Art. 35**

Der Übungsplan mit den Übungsdaten ist allen Dienstpflichtigen mindestens 30 Tage vor Beginn der Übungstätigkeit zuzustellen und zudem im Anzeiger Region Bern zu publizieren.

Obligatorium und  
Entschuldigungen

**Art. 36**

<sup>1</sup> Der Besuch der Übungen ist obligatorisch.

<sup>2</sup> Entschuldigungen sind dem/der Feuerwehrrückzugkommandanten/Feuerwehrrückzugkommandantin sofern möglich vor der Übung, jedoch spätestens drei Tage nachher schriftlich einzureichen.

<sup>3</sup> Als Entschuldigungsgründe gelten:

- a) Krankheit und Unfall
- b) schwere Erkrankungen oder Todesfall in der Familie
- c) Schwangerschaft
- d) Militärdienst, Zivildienst, Zivildienst, berufliche oder ferienbedingte Ortsabwesenheit
- e) andere wichtige Gründe

Inanspruchnahme  
von Eigentum Drit-  
ter

**Art. 37**

<sup>1</sup> Die Feuerwehr ist berechtigt, für ihre Einsätze private Gebäude, Grundstücke und Fahrzeuge in Anspruch zu nehmen.

<sup>2</sup> Bei Übungen sind die betroffenen Eigentümer/innen zudem vorgängig zu orientieren.

<sup>3</sup> Auf Antrag sind Dritte dafür angemessen zu entschädigen.

Feuerwehr-  
kommandant/in

**Art. 38**

<sup>1</sup> Dem/der Feuerwehrkommandanten/Feuerwehrkommandantin steht unter Einräumen der Delegationsbefugnis das ausschliessliche Kommando in Feuerwehrbelangen auf dem Schadenplatz zu.

<sup>2</sup> Ihm/ihr unterstehen auch die auswärtigen Feuerwehren; diese dürfen den Schadenplatz ohne seine/ihre Erlaubnis nicht verlassen.

<sup>3</sup> Der/die Feuerwehrkommandant/in oder der/die Einsatzleiter/in ist befugt, bei Bedarf vorbestimmte Nothilfe-Einsatzelemente des Zivilschutzes zur Unterstützung aufzubieten.

Einsatz des Son-  
derstützpunktes

**Art. 39**

Sobald bei einem Öl-, Chemie, Strahlenereignis und Unfällen auf Strassen, Bahnanlagen und in Tunnels der zuständige Sonderstützpunkt auf dem Platz ist, übernimmt der/die speziell ausgebildete Einsatzleiter/in das Kommando.

**IV. Finanzierung**

Grundsatz

**Art. 40**

<sup>1</sup> Ersatzabgaben sind nur für Feuerwehrzwecke zu verwenden.

<sup>2</sup> Soweit die Kosten der Feuerwehr nicht durch die Ersatzabgaben gedeckt sind, gehen sie zu Lasten der ordentlichen Gemeinderechnung.

Ersatzabgaben

**Art. 41**

<sup>1</sup> Personen, die vom Feuerwehrdienst befreit sind, zahlen für die Dauer der Feuerwehrdienstpflicht eine Ersatzabgabe.

<sup>2</sup> Die Höhe der Ersatzabgabe wird aufgrund der einfachen Steuer für Einkommen und Vermögen berechnet und beträgt einen prozentualen Anteil davon. Der Prozentsatz und der Höchstbetrag der Ersatzabgabe werden vom Gemeinderat zusammen mit dem Jahresvoranschlag festgelegt.

<sup>3</sup> Die Ersatzabgabe ist mit den obligatorischen Gemeindesteuern zu bezahlen.

<sup>4</sup> Der Bereich öffentliche Sicherheit beschliesst über Anträge zur Reduktion der Ersatzabgabe.

<sup>5</sup> Ehepaare, die in ungetrennter Ehe leben sowie Personen, die zusammen in eingetragener Partnerschaft leben und beide feuerwehrdienstpflichtig sind, jedoch keinen Feuerwehrdienst leisten, bezahlen gemeinsam eine Ersatzabgabe.

<sup>6</sup> Wenn ein Ehepartner oder eine Person, die zusammen mit deren/dessen Partner/in in eingetragener Partnerschaft lebt, aus der Feuerwehrdienstpflicht entlassen oder befreit ist, bezahlen Ehepaare bzw. die in eingetragener Partnerschaft lebenden zwei Personen nur die Hälfte gemäss Abs. 5 hievor.

Befreiung von der Ersatzabgabe	<p><b>Art. 42</b>  Von der Bezahlung der Ersatzabgabe befreit sind Personen, die gem. Art. 34 vom Feuerwehrdienst befreit sind.</p>
Gebühren	<p><b>Art. 43</b>  <sup>1</sup> Die Gemeinde erhebt für die Inanspruchnahme der Feuerwehr Gebühren von:  a) Personen und Institutionen, die Feuerwehrdienstleistungen ausserhalb des eigentlichen Aufgabenbereiches gemäss Art. 13 und 14 Abs. 2 FFG in Anspruch nehmen  b) Nachbargemeinden bei Hilfeleistungen, für Verbrauchsmaterial und Mannschaftsverpflegung  c) Inhaber/innen von Alarmanlagen, die zu wiederholten Fehlalarmen führen</p> <p><sup>2</sup> Der Gemeinderat legt die Beträge im Gebührentarif Feuerwehr (Anhang I) fest.</p>
Einsatzkosten	<p><b>Art. 44</b>  <sup>1</sup> Die Gemeinde kann die Einsatzkosten vom/von der Verursacher/in einfordern, wenn das Ereignis schuldhaft herbeigeführt wurde.</p> <p><sup>2</sup> Bei Sondereinsätzen gemäss Art. 17 FFG sowie insbesondere bei Einsätzen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen aller Art können die Einsatzkosten auch ohne Nachweis eines Verschuldens eingefordert werden.</p> <p><sup>3</sup> Die Bestimmungen des Schweizerischen Haftpflichtrechts (Art. 41 ff OR) sind sinngemäss anwendbar.</p>
Zusammensetzung des Stabes	<p><b>Art. 45</b>  <sup>1</sup> Dem Stab Feuerwehr gehören an:  a) der/die Kommandant/in  b) der/die Stellvertreter/in  c) der/die Staboffizier/in  d) der/die Chef/in Einsatzzentrale  e) der/die Chef/in Material  f) der Fourier oder die Rechnungsführerin  g) die Zugführer/innen</p> <p><sup>2</sup> Der Stab führt periodisch Rapporte durch. Der/die Kommandant/in führt den Vorsitz.</p>
Aufgaben und Befugnisse des Stabes	<p><b>Art. 46</b>  Der Stab Feuerwehr  a) bestimmt, wer Kurse zu besuchen hat  b) unterbreitet der Kommission Anträge  c) erarbeitet den Voranschlag zu Handen der Kommission  d) unterstützt den Bereich öffentliche Sicherheit bei Materialbeschaffungen aufgrund des genehmigten Voranschlags und bereitet die Anträge an den Gemeinderat für die Kreditfreigabe vor  e) legt die Ausbildungsziele fest  f) koordiniert die Ausbildungsschwerpunkte  g) koordiniert die Übungsdaten und veröffentlicht das Übungsprogramm  h) rekrutiert die Feuerwehrdienstpflichtigen und teilt sie ein. In strittigen Fällen entscheidet die Kommission.</p>

# Zivilschutz

## Allgemeine Bestimmungen

Rechtliche  
Grundlagen

### Art. 47

- a) das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) vom 4.10.2002
- b) die Verordnung über den Zivilschutz (ZSV) vom 5.12.2003
- c) das Kantonale Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz (KGZG) vom 24.6.2004
- d) die Verordnung über den Bevölkerungsschutz des Kantons Bern (BeV) vom 27.10.2004
- e) die Kantonale Verordnung über den Zivilschutz (KZSV) vom 27.10.2004
- f) die Gemeindeverfassung der Einwohnergemeinde Bolligen (GEB) vom 3.6.2003

Zweck

### Art. 48

Der Zivilschutz bezweckt den Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen von Katastrophen, Notlagen und bewaffneten Konflikten und trägt zur Bewältigung solcher Ereignisse bei.

Zuständigkeit

### Art. 49

Die Gemeinde Bolligen überträgt die ihr obliegenden Aufgaben im Bereich Zivilschutz der Regionalen Zivilschutzorganisation (ZSO) Bantiger. Die Organisation und die Zuständigkeiten richten sich nach den Bestimmungen der Gemeinde Ostermundigen (Sitzgemeinde) resp. der vertraglichen Regelung.<sup>2</sup>

Aufgaben

### Art. 50

<sup>1</sup> Das Kommando der ZSO Bantiger ist für folgende Aufgaben zuständig:

- a) Führung des Kontrollwesens (Zivilschutzstelle)
- b) Führung der Zivilschutzorganisation
- c) Ausbildung des Aktivbestands
- d) Sicherstellung der jährlichen Ausbildung in Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes
- e) Sicherstellung des Aufgebots der ZSO gemäss Leistungsvereinbarung
- f) Zurverfügungstellung der Einsatzelemente an die Vertragsgemeinden gemäss Organigramm
- g) Sicherstellung der Alarmierung der Ersteinsatzelemente
- h) Übernahme der Verantwortung für die Beschaffung, die Lagerung und den Unterhalt des für die ZSO benötigten Materials gemäss Leistungsvereinbarung
- i) Durchführung der Betriebskontrollen der Anlagen und öffentlichen Schutzräume im Auftrag der Vertragsgemeinden
- j) jährliche Einberufung des Fachausschusses zu mindestens zwei Sitzungen
- k) jährliche Einberufung der Fachkommission zu mindestens einer Sitzung.

<sup>2</sup> Die Gemeinde ist für folgende Aufgaben zuständig:

- a) Zustellung der Mutationsmeldungen aller Schutzdienstpflichtigen an die Zivilschutzstelle der ZSO Bantiger
- b) Finanzierung der verbleibenden Nettokosten für Einsätze für Instandstellungen oder zu Gunsten der Allgemeinheit auf dem Gemeindegebiet
- c) Werterhaltung der Schutzanlagen
- d) Nebenkosten der Schutzbauten
- e) Führen der Schutzraum-Planung
- f) Alarmierung der Bevölkerung

---

<sup>2</sup> angepasst GV-Beschluss 20.11.2012

# Katastrophen und Notlagen<sup>2</sup>

## Allgemeine Bestimmungen

Rechtliche  
Grundlagen

### Art. 51

- a) das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) vom 4.10.2002
- b) Verordnung über den Notfallschutz in der Umgebung von Kernanlagen vom 20.10.2010<sup>3</sup>
- c) das Kantonale Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz (KBZG) vom 24.6.2004
- d) die Verordnung über den Bevölkerungsschutz des Kantons Bern (BeV) vom 27.10.2004
- e) die Kantonale Verordnung über den Zivilschutz (KZSV) vom 27.10.2004
- f) die Spitalversorgungsverordnung (SpVV) vom 30.11.2005
- g) die Gemeindeverfassung der Einwohnergemeinde Bolligen (GEB) vom 3.6.2003

Zweck

### Art. 52

<sup>1</sup> Das Regionale Führungsorgan (RFO)<sup>3</sup> kommt ausschliesslich bei Katastrophen und Notlagen zum Einsatz.

<sup>2</sup> ...<sup>3</sup>

Zuständigkeit

### Art. 52a<sup>3</sup>

Die Gemeinde Bolligen überträgt die ihr obliegenden Aufgaben des Führungsorgans beim Bewältigen von Katastrophen und Notlagen dem Regionalen Führungsorgan (RFO) Bantiger. Die Organisation und Zuständigkeiten richten sich nach den Bestimmungen der Gemeinde Ostermundigen (Sitzgemeinde) resp. der vertraglichen Regelung.

Zusammensetzung

### Art. 53

<sup>1</sup> ...<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Die Katastrophenorganisation besteht aus<sup>3</sup>

- a) der Delegation des Gemeinderats bestehend aus dem/der Gemeindepräsident/in, dem/der Ressortvorsteher/in öffentliche Sicherheit und einem weiteren Gemeinderatsmitglied. Im Bedarfsfall werden weitere Gemeinderatsmitglieder insbesondere der/die Ressortvorsteher/in Tiefbau und Betriebe aufgeboden.
- b) dem Regionalen Führungsorgan (RFO) Bantiger
- c) den Pikettdiensten
- d) den Einsatzleitern
- e) den Einsatzkräften
- f) der Gemeindeverwaltung
- g) vertraglich verpflichteten privaten Institutionen und Personen

Aufgaben

### Art. 54

<sup>1</sup> Bei Katastrophen und Notlagen stellt die Katastrophenorganisation (gem. Art. 53) die Bewältigung sicher.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> ...<sup>3</sup>

Finanzkompetenz  
der Delegation des  
Gemeinderats

### Art. 54a<sup>4</sup>

Die Delegation des Gemeinderats (gem. Art. 53 Abs. 2 Bst. a) hat in ausserordentlichen Lagen eine Finanzkompetenz von Fr. 100'000.-. Höhere Aufwendungen unterliegen dem Beschluss des Gemeinderats.

<sup>3</sup> angepasst GV-Beschluss 20.11.2012

<sup>4</sup> angepasst GV-Beschluss 20.11.2012

# Ausführungs-, Straf- und Schlussbestimmungen

## Allgemeine Bestimmungen

- Kontrolle **Art. 55**  
Das Gemeindepolizeiorgan sorgt für den Vollzug dieses Reglements über die öffentliche Sicherheit.
- Strafbestimmungen **Art. 56**  
<sup>1</sup> Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen Bestimmungen des Reglements über die öffentliche Sicherheit oder eine gestützt darauf erlassene Allgemeinverfügung verstösst, wird mit Busse bis zu Fr. 5'000.00 bestraft; für die Strafverfolgung ist der/die Gemeindevorsteher/in zuständig. Eine Bestrafung nach übergeordnetem Recht bleibt vorbehalten.  
<sup>2</sup> In leichten Fällen kann an Stelle der Busse eine Verwarnung erteilt werden.  
<sup>3</sup> Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen der kantonalen Gemeindeverordnung.
- Rechtsmittel **Art. 57**  
<sup>1</sup> Aufgrund des Reglements für die öffentliche Sicherheit erlassene Verfügungen des Gemeindepolizeiorgans können innert 30 Tagen seit Eröffnung schriftlich mit Verwaltungsbeschwerde beim Regierungsstatthalteramt Bern angefochten werden.  
<sup>2</sup> Aufsichtsbeschwerden gegen das Gemeindepolizeiorgan oder die Gemeindeverwaltung und deren Anordnungen sind an den Gemeinderat zu richten.
- Anpassungen **Art. 58**  
<sup>1</sup> Wenn aufgrund neuer oder überarbeiteter Vorschriften von Bund und Kanton Anpassungen des Reglements über die öffentliche Sicherheit nötig werden, kann der Gemeinderat die sich aus dem übergeordneten Recht zwangsläufig ergebenden Änderungen beschliessen.  
<sup>2</sup> Alle übrigen Änderungen oder Ergänzungen unterliegen der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung.
- Aufhebung bisherigen Rechts **Art. 59**  
Das Feuerwehr- und Zivilschutzreglement der Einwohnergemeinde Bolligen vom 4.6.1996 mit Änderungen vom 9.6.1998, 3.12.2001 und 1.1.2003 wird mit Inkrafttreten des Reglements über die öffentliche Sicherheit aufgehoben.
- Inkrafttreten **Art. 60**  
Dieses Reglement tritt per 1. August 2007 in Kraft.

Das vorliegende Reglement für die öffentliche Sicherheit ist an der Gemeindeversammlung vom 12.6.2007 genehmigt worden.

Einwohnergemeinde Bolligen

sig.  
Margret Kiener Nellen  
Gemeindepräsidentin

sig.  
Oliver Jaggi  
Gemeindevorsteher

### **Bescheinigung**

Das vorliegende Reglement für die öffentliche Sicherheit lag 30 Tage vor der Gemeindeversammlung vom 12.6.2007 öffentlich zur Einsichtnahme auf. Die Auflage wurde gesetzeskonform bekannt gemacht. Innert der publizierten Frist sind keine Einsprachen eingetroffen.

### **Inkrafttreten**

Am 25.7.2007 wurde das Inkrafttreten des Reglements für die öffentliche Sicherheit im Anzeiger Region Bern publiziert.

sig.  
Oliver Jaggi  
Gemeindeschreiber

### **Anpassungen**

Die Gemeindeversammlung hat am 20. November 2012 die Anpassungen an die heutigen Verhältnisse in den Art. 1, 49, 51 – 54a per 1.1.2013 genehmigt.

Einwohnergemeinde Bolligen

sig.  
Rudolf Burger  
Gemeindepräsident

Bernhard Rufer  
Gemeindeschreiber

### **Auflagezeugnis**

Die Anpassungen an die heutigen Verhältnisse lagen 30 Tage vor dem Beschluss der Gemeindeversammlung öffentlich auf. Die Auflage wurde gesetzlich bekannt gemacht.

sig.  
Bernhard Rufer  
Gemeindeschreiber

Anhang I: Gebührentarif Feuerwehr vom 23. April 2007

Dieses Dokument kann bei der

**Gemeindeverwaltung Bolligen**  
**Abteilung Präsidiales**  
**Hühnerbühlstrasse 3**  
**3065 Bolligen**

bezogen oder unter

**[www.bolligen.ch](http://www.bolligen.ch)**

heruntergeladen werden.